

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Vormittag), 4. Juni 2019 / Mardi matin, 4 juin 2019

Regierungsrat / Conseil-exécutif

17 2019.JGK.3260 Bericht RR

Umsetzung Direktionsreform. Optimierung der Aufgabenverteilung zwischen den Direktionen der bernischen Kantonsverwaltung. Bericht Ergebnisse UDR zur Phase I

17 2019.JGK.3260 Rapport CE

Réforme des Directions. Optimisation de la répartition des tâches entre les Directions de l'administration cantonale bernoise. Rapport présentant les résultats de la phase I de la réforme des Directions (RDir)

Präsident. Wir begrüssen sicher Evi Allemann, aber ich weiss nicht, ob sonst noch jemand kommt. Im Drehbuch stehen drei Fragezeichen. (*Kurze Pause / Courte pause*) Ich nutze die kurze Pause für einen Hinweis: Sie haben einen Zettel verteilt bekommen zum Thema «parlamentarische Instrumente». Es geht um den Umgang mit parlamentarischen Vorstössen und Initiativen. Ursprünglich wollten wir diesen nur den Fraktionsvorsitzenden verteilen. Aber damit wirklich alle kommen, haben Sie ihn alle erhalten, denn es geht Sie alle an. Lesen Sie ihn bitte gut durch. Es steht auch drin, wie man allenfalls einen Vorstoss auch durch ein einfaches Telefonat vermeiden und damit viel Geld sparen könnte.

Noch ein weiterer kleiner Hinweis: Am Dienstag, 11. Juni findet eine gemeinsame Veranstaltung mit der ERZ statt. Es geht um eine Podiumsdiskussion zum Thema «Mangel an diplomierten Lehrpersonen – wie weiter?» Diese findet am Waisenhausplatz 29 in Bern statt. Solche Zettel, oder auch Kopien dieser Zettel, liegen draussen auf dem Tisch. Es hat nicht mehr sehr viele Zettel, aber es gab auch noch nicht sehr viele Anmeldungen.

Ich begrüsse nun Evi Allemann. Sie ist alleine hier, dies ist uns genauso recht. Wir kommen zum Traktandum 17, «Umsetzung Direktionsreform und Optimierung der Aufgabenverteilung zwischen den Direktionen, Bericht aus den Ergebnissen der UDR zur Phase I». Behandelt hat dies die SAK. Ich erteile zuerst dem Präsidenten der SAK, Marc Jost, das Wort.

Marc Jost, Thun (EVP), Kommissionspräsident der SAK. Wir haben zwei Geschäfte. Das erste ist der Bericht zur Umsetzung der Direktionsreform. Anschliessend steht das Organisationsgesetz an, welches einen engen Zusammenhang mit diesem Geschäft aufweist; es ist ein Paket. Deshalb erlaube ich mir auch bereits ein paar Bemerkungen im Hinblick auf das anschliessende Gesetz, das wir beraten werden. Die SAK hat einen Bericht zur Umsetzung der Direktionsreform und das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG) während dreier Sitzungen im April und Mai beraten. Auslöser für diese Reform sind unter anderem auch Vorstösse aus unseren Reihen, insbesondere die Motion Luginbühl/Brönnimann aus dem Jahr 2015, «Neuorganisation der Direktionen im Hinblick auf die Legislatur 2018–2022» (M 269-2015). Ebenso hat sich auch der Regierungsrat in dieser Zeit bereits hinter den Kulissen zu möglichen Neuorganisationen Gedanken gemacht. Im Jahr 2016 hat die Regierung die Arbeit aufgenommen und sich folgende Ziele für dieses Reformprojekt gesetzt: Erstens, Ausgleich der politischen Bedeutung und ausgewogene Verteilung der Aufgaben; zweitens, Bereinigung von Schnittstellen und Beseitigung von Doppelspurigkeiten; drittens, das Zusammenführen von sachlich verbundenen Aufgaben; viertens, die Schaffung einer zukunftstauglichen Organisation.

Im Jahr 2017 hat die Regierung zwei Modelle erarbeitet. Eines davon hat die Aufteilung der GEF beinhaltet, wie dies der Vorstoss als Vorschlag damals gefordert hat. Der Regierungsrat hat sich insbesondere in der neuen Zusammensetzung gegen eine Aufteilung der GEF entschieden und in der zweiten Hälfte 2018 auch die Vernehmlassung zu Bericht und Gesetz durchgeführt. Der Verzicht auf eine Aufteilung der GEF wurde mit folgenden Argumenten begründet: Erstens bestehe ein enger Zusammenhang zwischen Gesundheit und Sozialem. Eine Aufteilung würde zu neuen, unnötigen Schnittstellen führen. Zweitens: Wenn man den Bereich Soziales aus der Gesundheitsdirektion herauslöst, wäre diese danach eine äusserst kleine Direktion im Vergleich zu den anderen Direktionen.

Was sieht diese Reform vor? – Zugegeben, es ist keine Revolution. Aber dies hat auch niemand verlangt. Grössere Verschiebungen finden in vier Richtungen statt. Insbesondere die VOL wird mit den Ämtern in den Bereichen Umwelt und Energie, Bodenschutz und Laboratorien gestärkt. Entsprechend wird die BVE entlastet. Die VOL soll deshalb neu «Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion» heissen. Die BVE würde neu «Bau- und Verkehrsdirektion» heissen. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion wird, wie schon länger angekündigt, um den Bereich Sozialhilfe und Integration im Asyl- und Flüchtlingswesen ergänzt. Sie würde neu «Gesundheits- und Integrationsdirektion» heissen. Die POM, bei der dieser Bereich wegfällt, würde neu «Sicherheitsdirektion» heissen. Bei der JGK ist durch die Reform des Landeskirchengesetzes die Verantwortung an die Landeskirchen delegiert worden. Neu kämen dort die Themen «Geoinformation» und «Pflegeangebote für Kinder und Jugendliche» hinzu. Entsprechend würde der Name angepasst zu «Direktion für Inneres und Justiz». Alle weiteren Bereiche und Direktionen bleiben fast unverändert. Einzig bei der ERZ kommt ein neuer Bereich hinzu. Diese würde neu «Bildungs- und Kulturdirektion» heissen. Hier muss ich noch kurz erwähnen, dass sich bei den französischen Unterlagen Fehler in den Bericht eingeschlichen haben. Die alte und die neue Bezeichnung der ERZ sind zum Teil durcheinandergeraten. Die ERZ entspricht der «Direction de l'instruction publique», und die neue Bezeichnung wäre «direction de l'instruction publique et de la culture». Dies wurde manchmal vertauscht. Die FIN und die STA würden ihre Bezeichnungen behalten. Die geplante Reform würde auch mit anderen Anpassungen, die schon in der Planung waren, verbunden, wie etwa zum Beispiel ICT-Projekten wie «Workplace», oder auch mit der Anpassung aller E-Mail-Adressen der Kantonsverwaltung. Diese sollen in Zukunft nicht mehr das Kürzel der Direktion tragen, damit bei zukünftigen Anpassungen oder Verschiebungen kein zusätzlicher Aufwand ausgelöst wird. Dies als Beispiel, wo Synergien genutzt werden sollen. Ein kurzer Blick auf die Kosten dieses Reformprojekts: Die externen Projektkosten belaufen sich auf rund 800 000 Franken. Für die Implementierung und die Umsetzung werden zwischen 3,5–4,7 Mio. Franken vorgesehen. Das heisst, man geht von maximalen einmaligen Kosten von 5,5 Mio. Franken aus. In der Novembersession wird voraussichtlich unser Gremium, der Grosse Rat, über die entsprechenden nötigen Kredite, allenfalls integriert in den Voranschlag, befinden. Es sollen keine wiederkehrenden neuen Kosten entstehen. Im Gegenteil: Wir erwarten mehr Effizienz durch diese Reform.

Nun schon etwas im Hinblick auf das kommende Gesetz: Ein weiteres wichtiges Element im Bericht des Regierungsrates bildet die Frage der sogenannten Kompetenzverschiebung bei dieser und bei zukünftigen Direktionsreformen. Bedingt durch die Tatsache, dass aktuell die Direktionen im Organisationsgesetz beschrieben sind, und damit die Kompetenz beim Grossen Rat liegt, geht es gut und gerne bis zu zwei Jahre, bis auch nur eine kleine Reform umgesetzt werden kann. Der Regierungsrat hat deshalb durch diese Reform und die damit verbundene Revision des Organisationsgesetzes auch vor, mehr Flexibilität zu ermöglichen, sodass in Zukunft solche Veränderungen zeitgerecht und rascher vollzogen werden können. Ein zweites Ziel des Regierungsrates bestand auch darin, das Parlament zu entlasten und die Kompetenzverteilung wie beim Bund und bei anderen Kantonen zur Regierung zu ziehen. Die SAK hat jetzt zu diesem Vorschlag der Entlastung des Grossen Rates «Nein danke» gesagt, aber sie hat Verständnis für die Forderung der Regierung, dass solche Prozesse flexibler und rascher umgesetzt werden sollen. Deshalb hat die SAK vorgeschlagen, zukünftig bei Reformen der Direktionen diese via Dekret umzusetzen anstatt via Organisationsgesetz. Die Vorteile der Lösung mit einem Dekret liegen auf der Hand: Einerseits bleibt die Kompetenz beim Parlament, und andererseits findet bei einem Dekret nur eine Lesung statt, und es gibt auch keine Referendumsmöglichkeit. So sollten Reformen in Zukunft innert Jahresfrist umsetzbar sein.

Ich komme abschliessend auf unsere einzige Planungserklärung zu sprechen.

Präsident. Ich möchte den Präsidenten der SAK bitten, dies noch nicht zu tun, weil wir zuerst über die Rückweisung sprechen wollen.

Marc Jost, Thun (EVP), Kommissionspräsident der SAK. Zur Rückweisung soll ich aber bereits sprechen? – Gut, das hätte ich am Schluss auch noch anhängen wollen. Ich spreche somit gerne zum Rückweisungsantrag.

In der Kommission lag der Rückweisungsantrag der Grünen so nicht vor. Es geht darum, dass sie eine andere Aufteilung der Direktionen und damit auch andere Bezeichnungen vorsehen. Es gibt weitere Planungserklärungen zu den anderen Bezeichnungen. Aus meiner Sicht ist es ein unverhältnismässiger Antrag, aufgrund dieses Korrekturbedürfnisses den ganzen Bericht, und damit die

ganze Reform, zurückzuweisen. Dies hätte grosse Verzögerungen des Projekts zur Folge. Andere Mitglieder des Grossen Rates haben ähnliche Anliegen eingebracht, indem sie mit Planungserklärungen auf die Bezeichnungen oder auf die Aufteilung Einfluss nehmen wollen. Deshalb lehnt die SAK diesen Rückweisungsantrag klar ab.

Präsident. Wir kommen als Erstes zum Rückweisungsantrag der Grünen. Ich möchte die Redner bitten, nur über diesen Rückweisungsantrag zu sprechen. Dann stimmen wir über diesen ab. Erst danach, falls dieser abgelehnt wird, sprechen wir über den Bericht und die Planungserklärungen. Bevor ich nun Christoph Grupp das Wort erteile, gibt es noch eine Begrüssung: Auf der Tribüne befindet sich eine Gruppe der Jungen EVP. Herzlich willkommen im Grossen Rat! (*Applaus / Applaudissements*)

Rückweisungsantrag Grupp, Biel/Bienne (Grüne)

Der Bericht zu den Ergebnissen UDR, Phase I, ist mit folgender Auflage zurückzuweisen: Die Regierung überprüft eine Variante der Direktionsreform, welche neu eine Energie-, Klima- und Umweltdirektion vorsieht.

Proposition de renvoi Grupp, Biel/Bienne (Les Verts)

Le rapport présentant les résultats de la phase I RDir est renvoyé assorti de la charge suivante: le gouvernement examine une variante de la réforme des directions prévoyant une nouvelle Direction de l'énergie, du climat et de l'environnement.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Sie wissen es: Wir haben von grüner Seite einen Rückweisungsantrag zu diesem Bericht eingereicht. Dieser lautet: «Die Regierung überprüft eine Variante der Direktionsreform, welche neu eine Energie-, Klima- und Umweltdirektion vorsieht.» Dieser Antrag würde natürlich so weit führen, dass es alleine mit einer Planungserklärung nicht getan wäre. Deshalb der Rückweisungsantrag. Wir haben gestern und heute Morgen auch noch eine sehr angeregte Klimadiskussion geführt und die Erklärung des Grossen Rates zum Klimaschutz verabschiedet. Auch über die Annahme der parlamentarischen Initiative zum Klimaschutz freue ich mich sehr. Unter diesen Vorzeichen fänden wir es von grüner Seite unhaltbar, dass keine der Direktionen in der künftigen Verwaltungslandschaft des Kantons Bern das Klima auch nur im Direktionsnamen, geschweige denn in einer Amtsstelle aufführt. Das Klima ist in diesem Sinne auch nicht speziell an einem Ort beheimatet. Das lässt nichts Gutes für die Bearbeitung dieses Themas erwarten. Jetzt gibt es wahrscheinlich ein paar Leute hier drin – wir haben es vorhin in der Debatte gehört – die denken, dass die ganze Klimadiskussion und der Klimanotstand wohl nur ein kurzfristiger Hype seien. Viele Menschen weltweit, die Jugend, die Wissenschaft, die Bernerinnen und Berner und auch wir Grünen sind fest davon überzeugt, dass unser Umgang mit dem Klima und damit auch Klimaschutzmassnahmen künftig zu den zentralen Aufgaben von Politik und Gesellschaft gehören. Leider, müssen wir sagen, denn auch wir wären froh, wenn die Bedrohung durch den Klimawandel, aber auch die Erkenntnis über den menschlichen Beitrag dazu, nicht so brutal ausfallen würden. Weil diese Thematik jedoch zusammen mit den Anstrengungen für energetische Erneuerung, Natur- und Umweltschutz für uns so zentral sind, wünschen wir uns auch eine entsprechend benannte und agierende Direktion. Wir fordern den Regierungsrat auf, die geplante Reform entsprechend zu überarbeiten. Als Minimalvariante sähen wir mindestens die Umkehrung des Namens der entsprechenden Direktion. Dieser würde «Umwelt-, Energie- und Wirtschaftsdirektion» lauten. Damit würde endlich auch die Logik in dieser Direktion umgekehrt, sodass also die überlebensnotwendigen Anstrengungen im Natur-, Landschafts- und Umweltschutz und im Energiebereich nicht immer hinter den wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnissen hintanstellen müssten. Wenn die Lebensgrundlagen zerstört sind, müssen wir auch keine Land- und Forstwirtschaft, keinen Tourismus und keine anderen Wirtschaftsaktivitäten mehr betreiben. Ich danke Ihnen, wenn Sie unserem Rückweisungsantrag folgen.

Präsident. Damit ist das Mikrofon offen für den Rückweisungsantrag. Ich bitte Sie, nur über den Rückweisungsantrag zu sprechen, damit wir dann über diesen abstimmen können. Als Erstes spricht Ruedi Löffel für die EVP.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Die relativ kleinen Anpassungen, die wir bei dieser Reform haben und die jetzt vorliegen sind wohl etwa das, was mit einem einigermaßen vernünftigen Aufwand möglich ist. Es ging ein jahrelanger Prozess voraus, wie wir im Bericht im Detail

nachlesen können. Dieser Prozess soll jetzt abgeschlossen werden. Es wurden sehr viele Varianten geprüft, und diese gingen hin und her. Die EVP ist nicht bereit, diesen Bericht zurückzuweisen und nochmals eine solche Überprüfung im Sinne des Antrags der Grünen vorzunehmen. Deshalb lehnen wir den Rückweisungsantrag ab.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Auch die glp-Fraktion wird diesem Rückweisungsantrag nicht zustimmen. Wir sollten zwar noch nicht über den Bericht sprechen, aber faktisch wird die Bezeichnung der Direktionen künftig, wenn das Gesetz so angenommen wird, wie es vorgesehen ist, im Dekret geregelt. Man kann die Kernaufgaben und die Bezeichnung im Dekret regeln. Wir sind der Meinung, dass man beim Stichwort «Umwelt» auch sehr gut das Klima einbeziehen kann. Wie gesagt, werden wir das Dekret zu einem späteren Zeitpunkt hier behandeln. Von uns aus gesehen gibt es keinen Grund, diesen Bericht, das heisst, die ganze Arbeit, die der Regierungsrat mit grosser Priorität vorangetrieben hat, zurückzuweisen. Sie wollen diese Reform, und sie wollen sie möglichst rasch umsetzen. Dies würde man jetzt sabotieren und verzögern. Wir bitten Sie, diesem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Wir sind eigentlich derselben Meinung. Ich bin etwas erstaunt darüber, dass die Grünen mit einem solchen Vorschlag kommen, obwohl man mehrfach in der Kommission über verschiedenste Themen diskutiert hat. Ich habe den Eindruck, dass man mit solchen Geschichten über das Ziel hinausschiesst. Erstens sind die Klimadiskussion und der Wert unserer Infrastrukturen kein neues Thema. Wir haben im Bereich Bodenschutz und Luftreinhalteverordnung und so weiter verschiedenste Instrumente, die greifen. Zweitens denke ich, dass diese Punkte praktisch auf alle Direktionen verteilt sind. Sie können nicht einfach eine Klimadirektion schaffen. Der Bau ist betroffen, es sind praktisch alle betroffen. Deshalb bin ich der Meinung, dass es dafür keine eigene Direktion braucht. Ich bin dafür, dass man jetzt das Ganze an die Hand nimmt. Wir sprechen von einer Regierungsreform. Reformen haben auch immer mit Leuten zu tun. Die Leute in der Verwaltung möchten irgendwann wissen, wo sie hingehören. Nur wenn sie wissen, wo sie hingehören, machen sie auch gute Arbeit. Deshalb werden wir diesem Rückweisungsantrag nicht folgen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Daniel Wyrsch.

Daniel Wyrsch, Jegenstorf (SP). Ich fasse mich relativ kurz und bündig. Auch wir sind gegen die Rückweisung. Das eine ist der Name: Das Wort «Klima» muss nicht unbedingt drinstehen. Für uns ist es wichtig, dass die Wirtschaft erwähnt wird. Eine Direktion ohne die Wirtschaft, nur mit Klima, Energie und Umwelt, wäre viel zu klein. Die Wirtschaft muss unbedingt dabei sein. Deshalb ist diese Zusammensetzung der heutigen VOL eigentlich stimmig. Die Wirtschaft muss wie gesagt im Namen vorkommen. Deshalb nicht zurückweisen, dies wäre völlig unverhältnismässig.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich fasse mich auch sehr kurz. Die FDP, die Liberalen, werden diesen Rückweisungsantrag auch nicht unterstützen. Ich wiederhole nicht alles, was schon gesagt wurde, damit wir vielleicht noch vor 11.45 Uhr über diesen Rückweisungsantrag abstimmen können. Aber ich denke, ein Organigramm ist sicher kein Strategiepapier. Dies wird vielleicht hier von der grünen Fraktion verwechselt, indem man versucht, bereits mit Berufs- oder Funktionsbezeichnungen eine Strategie zu entwickeln. Zudem würde es unnötigerweise Zeit kosten. Die Frau Regierungsrätin wird im nächsten Traktandum für eine einzige Lesung kämpfen. Einfach zurückzuweisen, damit man ein bisschen über Namensgebungen diskutieren kann, ist aus unserer Sicht ein etwas starker Tabak, wie es auch schon die Vorredner gesagt haben. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag nicht zu folgen.

Vania Kohli, Bern (BDP). Die BDP-Fraktion wird diesen Antrag ebenfalls zurückweisen. Fertig.

Präsident. Für das Protokoll: Das wäre jetzt nicht Maurane Riesen gewesen, wie es auf der Anzeigetafel steht, sondern Vania Kohli von der BDP. Ich habe falsch gedrückt. Nun wäre Maurane Riesen an der Reihe.

Maurane Riesen, Bern (PSA). Moi, je vais soutenir cette proposition de renvoi, notamment aussi pour la raison suivante : lorsque le Conseil-exécutif liste au point 5.3 à la page 19 les défis futurs, en précisant qu'il s'agit des grands défis qui peuvent être perçus aujourd'hui pour le canton de Ber-

ne, il présente neuf points [*« Réforme des Directions – Optimisation de la répartition des tâches entre les Directions de l'administration cantonale bernoise »*]. Des points tels que la numérisation, le vieillissement de la population, les besoins de logement et la cybercriminalité. Mais le seul point qui a un lien avec les enjeux climatiques et environnementaux, est le tournant énergétique, et il arrive en avant-dernière position. Nous venons de sortir du débat de la déclaration sur le climat. La population appelle à l'action. Nous sommes tous conscients qu'il y a un problème, et qu'il y a urgence. Et pourtant, le Conseil-exécutif le considère à peine dans sa liste de défis futurs, si ce n'est sous l'aspect économico-technologique. Notre impact sur le carbone, la protection de l'environnement, le déclin de la biodiversité sont des défis futurs importants et primordiaux pour le canton. Nous l'avons rappelé en début de session, et c'est pourquoi je soutiendrai cette proposition de renvoi.

Präsident. Regierungsrätin Allemann spricht zur Rückweisung.

Evi Allemann, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. Ich hätte eigentlich sehr gerne ein paar allgemeine Ausführungen zum Bericht abgegeben, aber ich schaue auf die Uhr. Ich spreche ebenfalls nur zum Rückweisungsantrag. Ich bitte Sie, diesen Bericht im Namen des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen und ihn nicht zurückzuweisen. Wir sind, wie Sie sicher beim Organisationsgesetz gesehen haben, dem Beschluss der Kommission gefolgt, indem wir die Kernaufgaben auf Dekretsstufe regeln, ebenso wie die Direktionsbezeichnungen. Sie werden im Herbst die Gelegenheit haben, über diese Direktionsbezeichnungen zu befinden. Insofern ist es, wenn es nur um die Namen geht, überhaupt nicht nötig, eine Rückweisung vorzunehmen oder eine Planungserklärung einzureichen, sondern man kann einfach entsprechende Anträge in die Dekretsberatung einbringen. Dies ist das eine.

Wenn man den Bericht genau studiert, sieht man, dass der Regierungsrat rein materiell das, was dem Rückweisungsantrag zugrunde liegt, schon weitgehend aufgenommen hat. Mit der Schaffung der sogenannten «Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion» haben wir das Anliegen, die Klimapolitik weitgehend in einer Direktion zu bündeln, eigentlich bereits umgesetzt. Auf Dekretsebene wird es zusätzlich zur Direktionsbezeichnung auch die Gelegenheit geben, die Kernaufgaben zu definieren. Es ist bereits jetzt im Entwurf dieses Dekrets, welches die SAK dann am 24. Juni beraten wird, vorgesehen, bei der künftigen WEU, wie die VOL dann heissen wird, das Klima neu als Aufgabe explizit zu erwähnen. Auch dort können Sie in der Dekretsberatung noch justieren, aber dies ist die Absicht der Regierung. Schon heute ist ein grosser Teil der sogenannten «Vorsorge gegen» und der «Massnahmen für die Anpassung an» den Klimawandel in der VOL vereint. Auch der Immissionsschutz wird mit der Energie in Form des Amtes AUE in der heutigen VOL oder künftigen WEU, oder wie sie dann heissen wird, gebündelt. Dies ergibt Synergien für die Klimapolitik. Insofern wurde das Anliegen aufgenommen. Es braucht aus Sicht des Regierungsrates keinen Rückweisungsantrag. Die Justierungen, die man im Bereich der Kernaufgaben und der Direktionsbezeichnung noch vornehmen möchte, kann man auf Dekretsstufe vornehmen.

Präsident. Besten Dank. Bitte legen Sie das Votum, das Sie heute zum Bericht hätten halten wollen, nicht weg. Sie dürfen es morgen halten, wenn wir über den Bericht und die Planungserklärungen sprechen werden. Wir kommen zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag. Vielen Dank, dass Sie sich daran gehalten haben. Wer den Rückweisungsantrag der Grünen annimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.JGK.3260; Rückweisungsantrag Grupp, Biel/Bienne [Grüne])
Vote (Affaire 2019.JGK.3260 ; proposition de renvoi Grupp, Biel/Bienne [Les Verts])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 14

Nein / Non 119

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Rückweisungsantrag abgelehnt, mit 119 Nein- zu 14 Ja-Stimmen. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Appetit. Wir sehen uns morgen um 9.00 Uhr wieder.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr. / Fin de la séance à 11 heures 45.

Die Redaktorin La rédactrice

Sara Ferraro (d/f)